



Sven-Christian Kindler
Mitglied des Deutschen Bundestages
Haushaltspolitischer Sprecher
Mitglied im Haushaltsausschuss

Bundeshaushalt 2021: Kein Haushalt für die Zukunft

Die Koalition fährt weiter kurzfristig auf Sicht. Einen langfristigen Plan, wie wir sicher und planbar durch die Coronakrise kommen, hat die Bundesregierung nicht. Zwar verlängern Union und SPD die Unternehmenshilfen, aber darüber hinaus bleiben die Ergebnisse der Bereinigungssitzung insgesamt enttäuschend. Damit betreibt die Koalition lediglich Schadensbegrenzung. Der Haushalt der Koalition hat eine soziale Schieflage und lässt Arbeitslose und Soloselbstständige im Regen stehen. Außerdem fehlen klare Investitionszusagen über die akute Coronakrise hinaus, in Klimaschutz, Digitalisierung und Bildung. Doch ohne eine verlässliche und langfristige Investitionsstrategie wird es keinen Aufbruch geben. Unternehmenshilfen werden ohne ökologische Vorgaben vergeben und Milliarden an klimaschädlicher Subventionen verschwendet. Dieser Haushalt ist eine Gefahr für das Klima.

Dass die Bundesregierung und Koalition in dieser schweren Krise Kredite aufnimmt, ist verständlich und richtig. Man darf jetzt nicht in die Krise hineinsparen. Jetzt muss alles getan werden, damit die Stabilität des Gesundheitssystems gesichert wird, die Wirtschaft und Beschäftigte geschützt und soziale Notlagen verhindert werden können. Denn die Kosten des Nichthandelns wären sehr viel höher – ökonomisch und sozial. Im Moment kann die Bundesrepublik Deutschland zu negativen Zinsen Kredite aufnehmen. In einer solchen Situation auf Kredite zur Überwindung einer tiefen Wirtschaftskrise zu verzichten, wäre hochgefährlich.

Nach der Bazooka darf nicht die Abrissbirne kommen

Die Lücken in der Finanzplanung ab dem Jahr 2022 sind offensichtlich. Das liegt auch daran, dass Olaf Scholz ab 2022 unbedingt zur unveränderten Schuldenbremse zurückkehren will, obwohl niemand weiß, wie dann die Lage ist. Bisher hat der Finanzminister 60 Milliarden Euro an Globalen Minderausgaben und Globalen Mehreinnahmen von 2022–2024 geplant. Doch Olaf Scholz weiß nicht wie er diese Lücken füllen will und setzt auf das Prinzip Hoffnung. Das ist riskant und birgt die Gefahr einer harten Sparpolitik. Das muss unbedingt verhindert werden. Der Finanzminister muss deswegen einen konkreten Plan vorlegen, wie die langfristigen Folgen der Krise im Haushalt gelöst werden können. Notwendig sind jetzt politisch verbindliche Garantien, nach der Krise weder in Deutschland noch in Europa auf einen harten Sparkurs einzuschwenken. Längere und flexiblere Tilgungsfristen, mehr Spielraum für kreditfinanzierte Investitionen und ein solidarischer Lastenausgleich müssen zentrale Punkte dieses Plans sein. Nach der Bazooka darf nicht die Abrissbirne kommen.

Haushalt mit sozialer Schieflage

Die Ärmsten der Gesellschaft fallen bei der Koalition durchs Netz. Für die Rettung von Großunternehmen gibt es Milliarden, aber für Empfänger*innen von Arbeitslosengeld 2 gibt es nichts. Die GRÜNE Bundestagsfraktion hat einen befristeten Krisenaufschlag für die Empfänger*innen von Arbeitslosengeld 2 beantragt. Besonders Arbeitslose und Angestellte im Niedriglohnbereich, die häufig aufstocken, Alleinerziehende oder Familien, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, leiden besonders stark unter den Beschränkungen und den erhöhten Kosten, zum Beispiel für Hygieneartikel. Ein Krisenaufschlag von 100 Euro für

Erwachsene und 60 Euro für Kinder ist notwendig. Das haben Union und SPD abgelehnt. Das ist eine bewusste politische Entscheidung und diese Entscheidung ist unsozial und kaltherzig. Die Bundesregierung lässt gerade die Ärmsten der Gesellschaft im Stich.

Haushalt gefährdet das Klima

Die Koalition hängt mit ihren Maßnahmen viel zu sehr im fossilen Zeitalter fest. Wir brauchen einen Aufbruch aus der Krise, der nicht nur die Auswirkungen der Pandemie heute abmildert, sondern auch die Basis für ein sozial- und klimaverträgliches Morgen schafft. Dass die Bundesregierung milliardenschwere Hilfen an Unternehmen wie TUI oder die Lufthansa gibt, ohne dabei klare Ziele für mehr Klimaschutz und Arbeitsplätze zu vereinbaren, ist ein ernsthaftes Problem für die Zukunft. Wer so viel Geld in die Hand nimmt, der muss die Milliarden für die sozial-ökologische Transformation nutzen und darf keine Blankoschecks für Großkonzerne vergeben.

Die Klimakrise kennt keinen Impfstoff. Dass die Koalition den Ernst der Lage immer noch nicht begriffen hat, zeigt sich bei den klimaschädlichen Subventionen. So subventioniert die Bundesregierung immer noch klimaschädliche Produktion mit über 50 Milliarden Euro jährlich. Sei es bei der Flugindustrie, dem schmutzigen Diesel oder der Subventionierung von Plastik. Überall wird durch die Bundesregierung weiter die Klimakrise mit Steuergeldern befeuert. Diese Subventionen endlich abzubauen, das ist das Gebot der Stunde. So erreicht man eine doppelte Rendite. Klimaschädliche Produktion wird teurer und es entstehen gleichzeitig Spielräume im Haushalt, um in Klimaschutz zu investieren. Auf Klimaschutz zu verzichten, wird zudem für den Haushalt teuer. Sollte die Bundesrepublik Deutschland die Klimaziele in den nächsten Jahren reißen, drohen zweistellige Milliardenbeträge an Strafzahlungen durch die Europäische Union.

Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen

Die nächsten zehn Jahre bis 2030 entscheiden darüber, ob wir es schaffen den Wohlstand zu erhalten und fairer zu verteilen. Dafür ist eine große sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft notwendig. Der schnelle Umbau zur Klimaneutralität und die Digitalisierung stellen die Wirtschaft vor enorme Herausforderungen und erfordern daher eine große Investitionsoffensive. Doch die Koalition verpennt das. Seit Jahren fehlt eine konsequente Investitionsstrategie.

Die kommende Dekade muss eine Dekade des Aufbruchs sein, wenn wir die Menschheitsaufgabe Klimaschutz bewältigen und ökonomisch den Anschluss an Zukunftstrends wie die Digitalisierung halten wollen. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, einen großen Investitionsfonds in Höhe von 500 Milliarden Euro über zehn Jahre aufzulegen. Dafür wollen wir die Schuldenbremse reformieren, um Nettoinvestitionen zukünftig über Kredite zu finanzieren. In Zeiten einer eskalierenden Klimakrise und einer großen digitalen Transformation auf neuen Kredite zu verzichten, ist angesichts historisch niedriger Zinsen ökonomisch und finanzpolitisch gefährlich. Wir brauchen bis 2030 ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen und kein Jahrzehnt des Kaputtsparens und Investitionsstaus.

Die Bazooka erzeugt Kollateralschäden – Hilfen zielgenau gestalten

Wir teilen das Ziel der Bundesregierung, mit den Novemberhilfen schnell und unbürokratisch helfen zu wollen. Leider führt die Orientierung am Umsatz aber dazu, dass ein Teil der antragsberechtigten Unternehmen überkompensiert wird. Betriebe mit prekären Beschäftigungsverhältnissen, die diese im Shutdown schnell beenden können, werden bevorzugt. Andere, vor allem Soloselbstständige, warten immer noch auf zielgenaue Hilfen, wie den Unternehmer*innenlohn. Bei den neuen Hilfen wären eine hundertprozentige Erstattung der Betriebskosten und ein Unternehmer*innenlohn sinnvoll. So könnte den betroffenen Unternehmen zielgenau geholfen werden. Es ist auch klar, dass eine gesamtstaatliche Krise wie die Coronapandemie finanziell nicht allein vom Bund gestemmt werden kann. Auch die Bundesländer müssen sich an der Finanzierung der Wirtschaftshilfen beteiligen.